

## Freie Wahlen erste Bedingung

Moskau kann von „unserem guten Willen“ überzeugt sein

Bonn (upi/dpa). „Deutschland ist bereit, jeden Beitrag zur internationalen Entspannung zu leisten und sich jeder Kontrolle zu unterwerfen, die auch andere Länder für sich akzeptieren“, erklärte Bundesaußenminister von Brentano im Namen der Regierung vor dem Bundestag. In seiner eineinhalbstündigen Regierungserklärung sagte der Minister, das deutsche Volk werde jedoch nie sein unverzichtbares Recht auf Einheit und Freiheit aufgeben. Er appellierte eindringlich an die Sowjetunion, an den guten Willen des deutschen Volkes zu glauben, sich aber zugleich „Rechenschaft über unsere Entschlossenheit zum Beharren auf unserem Recht abzulegen“.

Brentano hob hervor, daß sich die Grundprobleme der deutschen Außenpolitik seit der letzten außenpolitischen Debatte nicht geändert hätten. Die ungelösten Fragen nach der deutschen Zukunft seien auch in der Zwischenzeit unbeantwortet geblieben. Die wesentlichsten Ergebnisse in den vergangenen eineinhalb Jahren seien die sowjetische Berlin-Drohung von November 1958 und die sich daran anschließenden west-östlichen Verhandlungen gewesen. Brentano dankte den westlichen Alliierten, daß sie sich ohne Zögern „angesichts des sowjetischen Ultimatums zu ihrer Verantwortung für Berlin“ bekannten und so die Freiheit Westberlins erhielten. Die Genfer Außenministerkonferenz, so sagte der Minister, sei letztlich zwar negativ verlaufen, doch habe sie immerhin dazu geführt, daß der unmittelbare Druck von Berlin genommen wurde. Er bedauerte, daß der Bundestag in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung nicht so einig wie in der Berlin-Frage sei.

### Abrüstungsverhandlungen notwendig

Brentano wiederholte den Standpunkt der Bundesregierung, die Wiedervereinigung dürfe nur in der Weise stattfinden, daß dem ganzen deutschen Volk das Recht zur freien Selbstbestimmung zurückgege-

ben wird. Dieses Recht finde seinen sichtbaren Ausdruck in freien Wahlen. „Insoweit stehen also freie Wahlen zu Beginn der Wiedervereinigung.“ Von dieser Forderung werde, so betonte der Minister, die Bundesregierung nicht abgehen. Keine fremde Regierung sei berechtigt, das Recht der Selbstbestimmung mit Auflagen zu verbinden oder Bedingungen zu stellen. Die Bundesregierung habe sich bisher unablässig — wenn auch vergeblich — bemüht, im Sinne der Bundestag-Entscheidung aus dem vergangenen Jahr mit der Forderung nach Bildung einer Ständigen Viermächte-Kommission zur Lösung der deutschen Frage zu behandeln.

Die Abrüstungsfrage müsse nach Ansicht des Bundeskanzlers bei den Gesprächen den Vorrang einnehmen, sagte der Außenminister. Die Regierung sei davon überzeugt, daß nur über eine Abrüstung die politischen und psychologischen Voraussetzungen für ernste Verhandlungen geschaffen werden können. Deshalb, so sagte Brentano, sei von der Regierung immer auf die Notwendigkeit von Abrüstungsverhandlungen hingewiesen worden, ohne bei diesen Erklärungen etwas Selbstverständliches zu wiederholen, nämlich daß es die unverzichtbare Forderung des ganzen deutschen Volkes sei, wiedervereint zu werden. Es

sei ein „gefährlicher Denkfehler“, zu behaupten, die Politik der Bundesregierung sei falsch gewesen, weil die deutsche Einheit noch nicht verwirklicht werden konnte. Das liege daran, daß die Sowjetunion über dieses deutsche Anliegen noch nicht einmal zu diskutieren gedenke. Man sollte diese „bedrückende Entwicklung“ aber nicht zum Anlaß nehmen, „sich schrittweise den kommunistischen Forderungen zu beugen“. „Das Wort von gesamtdeutschen Gesprächen ist nichts als eine zynische Lüge“, rief Brentano. Er lehnte in diesem Zusammenhang sowohl den Deutschland-Plan der SPD als auch alle Pläne, die von einem militärischen „Disengagement“ ausgehen, ab, weil dadurch die Gefahr entstehe, daß Deutschland von den Verbündeten verlassen werde.

### Beziehungen zu Oststaaten

Die Bundesregierung habe nichts unversucht gelassen, sagte Brentano, um zu einem besseren gegenseitigen Verständnis mit der Sowjetunion zu gelangen. Es sei jedoch unverkennbar, daß sich der Kremel „offenbar unter Verständigung nichts anderes vorzustellen vermag als die Unterwerfung unter seine Politik“. Als einen Lichtblick bezeichnete Brentano allerdings die sachlichen und ruhigen Ausführungen Chruschtschows vor dem Obersten Sowjet. Zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostblockstaaten betonte der Minister, nach Auffassung der Bundesregierung seien die Voraussetzungen dazu gegenwärtig nicht gegeben. Man werde jedoch ständig prüfen, ob und wie die Bundesrepublik ihre Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten gut gestalten könne.

## Dibelius, der Staat, die Kirchen

DT. Drei Jahre sind es in diesen Tagen her, daß Kardinal Mindszenty mitten in Budapest, aber isoliert und getrennt von seiner Kirche, auf dem Boden der amerikanischen Botschaft leben muß. Der ungarische Kirchenführer hatte sich 1956 aus dem Kerker heraus, in den ihn der kommunistische Staat gesteckt hatte, in die vorderen Reihen des Freiheitsaufstandes gestellt. Die sowjetischen Panzer, die die Freiheit überrollten, haben auch das Oberhaupt der ungarischen katholischen Kirche wieder ins Schweigen der Verbannung zurückgetrieben. Die Situation der katholischen Kirche in diesem rebolschwierigen Land kann sich nicht paradoxer darstellen als damit, daß das mächtige Amerika nichts anderes tun kann, als den Führer der katholischen Kirche Ungarns auf seinem kleinen exterritorialen Botschaftsgelände in Budapest vor dem Zugriff des neuen kommunistischen Regimes zu bewahren.

Dennoch existiert die Kirche in Ungarn, wie sie in Polen und in der Tschechoslowakei lebt. Ob man sie kämpfende oder leidende Kirche nennen will, mag dahinstehen. Vom Exempel Mindszenty her aber wird klar, wie verschiedener Methoden sich der totalitäre Staat bedient, um Einfluß, Wirksamkeit und Existenzmöglichkeiten der Kirche immer stärker und fühlbarer einzuschränken. Nicht überall ist es der führende Kopf der Kirche, dem die Staatsmacht nachstellt, um die Glieder der Kirche gefügig zu machen. Sie hat auch, wie etwa in der Tschechoslowakei, Gruppen in der Kirche zu bilden angestrebt, die staatshörig sind; diese spielt sie aus gegen die, die der atheistischen Staatsführung mit Skepsis und Widerstand gegenüberstehen.

★

Der Kampf des Staat gewordenen Kommunismus gegen die Kirche — und das trifft nun für ganz Osteuropa und Teile Mitteleuropas zu — ist nicht eingestellt, seit die Kommunisten die Hebel der Staaten bedienen.

Sie verfahren nur nach den Traditionen der Staaten, über die sie Macht haben. Die Kirchen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands haben da ihre eigenen und zunehmend schlimmeren Erfahrungen. In der sowjetisch besetzten Zone fehlt den Ulbrichts das Instrument einer national begrenzten und also national zu fesselnden Kirche. Deshalb zielt ihr Streben immer hartnäckiger darauf, das Band der gemeinsamen deutschen Kirche zu zerschneiden. Seit klargeworden ist, daß die evangelische Pfarrerschaft der Zone nicht als fünfte Kolonne für die „DDR“ zu mißbrauchen ist, hat das Zonen-Regime auf Schisma umgeschaltet. Die Trennung der Kirche wird durch allerlei organisatorische Maßnahmen betrieben. Vor allem geht die Staatskampagne gegen die Kirche systematisch darauf aus, die Kirche der Zone von ihren die Gesamtheit repräsentierenden Persönlichkeiten zu trennen.

★

Am meisten wird das an den Männern exerziert, die die gemeinsame deutsche Kirche repräsentieren. Bischof Dibelius kann seit langer Zeit nicht mehr zu seiner Kirche und den Gläubigen in der Zone reisen. Der SED-Staat verweigert ihm das. Dies, obwohl Dibelius nicht nur Bischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, deren Bereich zur Hauptsache im Zonengebiet liegt, sondern auch Ratsvorsitzender der deutschen evangelischen Kirche ist, deren Tätigkeit beide Teile Deutschlands umschließt. Wenn Dibelius an jedem ersten Sonntag im Monat in der Osterliner Marienkirche predigt, kann das große Gotteshaus selten die Massen der Gläubigen fassen. Der Weg nach Osterlin, der nach Vier-Mächte-Vereinbarung jedem Deutschen unverwehrt bleiben muß, ist die Straße, die dem Bischof von Berlin-Brandenburg der totale Staat nicht sperren konnte. Nun aber gibt es den Fall Dibelius. Oder vielmehr: es wird eifrig daran gearbeitet, einen Fall Dibelius aus einer Situation zu konstruieren, die tatsächlich ein Fall Kirche — Staat ist.

Gewiß, der Bischof Dibelius hat mit seiner Geburtstagss-

schrift für Landesbischof Lilje über das Thema „Obrigkeit“ einen großen Anstoß gegeben. Er hat eine Gewissenserforschung in die Wege geleitet mit seinen Gedanken über die mögliche oder notwendige Revision der Übersetzung des Wortes aus dem Römer-Brief Nr. 13: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über uns hat.“ Dibelius hat die Fragwürdigkeit des totalitären — besonders des uns direkt bedrängenden SED-Staates auf die Ebene einer kirchlich-theologischen Erörterung erhoben. Daß er dabei zu unglücklichen Beispielen, wie zu dem Exempel der Verkehrsordnung griff, das muß er mit sich abmachen. Aber wie das Rundfunkgespräch mit Landesbischof Lilje und dem Bonner Staatsrechtler Scheuner klärte, hat Dibelius vor allem ein Einverständnis unter den christlichen Köpfen darüber erzielen wollen, wie der Christ dem Staat, der keine legale Gewalt hat und widerchristlich ist, zu begegnen habe. Es mußte ein Mißverständnis sein, wenn die Diskussion über das Spannungsverhältnis zwischen dem bewußt kirchenbedrängenden Staat und den Christen als eine direkte Aufforderung zum Ungehorsam ausgelegt wurde. Denn welche Elemente der Distanz gegenüber solchem Staat sich auch der Christ errechnen oder erarbeiten kann — vom aktiven Widerstand gegen den Staat, wie ihn nur der politische Verstand versimpeln kann, sind sie natürlich weit entfernt.

★

Die Attacken gegen Dibelius, die das Programm Ulbrichts für die Spaltung der Kirche sind, spitzen sich auf die Isolierung des Ratsvorsitzenden der gemeinsamen Kirche zu. Die Ost-CDU, die in unglaublicher Perversion ihres Namens die Rolle des Kettenhundes gegen das gesamtchristliche und für ein zonenchristliches Sondergebiet übernommen hat, möchte Dibelius am liebsten ans Messer der Ostjustiz liefern. Mit Dibelius sollen Geist und Inhalt der Kirche überhaupt der Verfolgung ausgeliefert werden. Das Zonenregime macht, angesichts der kräftigen und hoffentlich heil-

# Eisenhower besucht neun Länder

Auch nach Griechenland, Persien, Afghanistan, Marokko — „Reise guten Willens“

Washington (UPI/DPA/AP). Die Weltreise, die Präsident Eisenhower im Dezember antritt, wird den USA-Präsidenten in neun Länder führen. Eisenhower teilte in Washington mit, daß er die USA um den 4. Dezember verlasse, um neben Italien, der Türkei, Pakistan und Indien auch Griechenland, Persien, Afghanistan und Marokko zu besuchen. Anschließend werde er an der für den 19. Dezember nach Paris einberufenen westlichen Gipfelkonferenz teilnehmen. Der Präsident erklärte in diesem Zusammenhang, er wünsche keine überstürzte Ost-West-Gipfelkonferenz nur mit dem Ziel, die Verhandlungen in Fluß zu halten. Der Westen dürfe sich durch die Fortschritte bei der Verminderung der Spannungen in der Welt nicht dazu verleiten lassen, unvorbereitet in das Gespräch mit Chruschtschow einzutreten.

Eisenhower bezeichnete seine Weltreise als „Reise des guten Willens“. Bis auf den Besuch in Neu Delhi, wo er am 11. Dezember an der Eröffnung der Weltlandwirtschafts-Ausstellung teilnehmen will, seien noch keine festen Termine für die Aufenthalte in den einzelnen Hauptstädten vereinbart. Er wies darauf hin, daß bisher kein amerikanischer Präsident Asien besucht habe. Angesichts der wachsenden Bedeutung dieses Erdteils wolle er dort für ein besseres Verständnis der amerikanischen Politik gegenüber eintreten.

## Und Adenauer nach Rom

Bundeskanzler Adenauer beabsichtigt, im Laufe der nächsten Monate außer Großbritannien und Frankreich auch Italien einen Besuch abzustatten. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß die Romreise für das nächste Jahr geplant ist.

vertreten werden sollen, müssen vorher von einer Sachverständigen-Gruppe festgelegt werden. Die übrigen Staaten der NATO-Gemeinschaft sind verstimmt, daß sie zu den Beratungen nicht hinzugezogen werden sollen. Den Forderungen dieser Staaten, als deren Sprecher NATO-Generalsekretär Spaak auftritt, soll durch Einberufung einer besonderen NATO-Ministerkonferenz nach Beendigung des westlichen Gipfeltreffens Rechnung getragen werden.

## Adenauer Gast Macmillans

London (DPA/AP). Bundeskanzler Adenauer wird bei seinem Besuch in London im November voraussichtlich auch Gast des Premierministers auf dessen Landsitz sein. Es wird angenommen, daß Adenauer sofort nach seinem Eintreffen in London am 17. November eine längere offizielle Aussprache mit Premierminister Macmillan und ein zweites Gespräch am nächsten Vormittag haben wird. Anschließend wird Adenauer nach Chequers reisen und am 19. November von London aus wieder nach Bonn fliegen. Die Gespräche während des dreitägigen Besuchs sollen alle aktuellen Themen des deutsch-britischen Verhältnisses, das Berlin-Problem, Fragen im Zusammenhang mit der Gipfelkonferenz und die Zusammenarbeit zwischen den westlichen Verbündeten umfassen.

# West-Gipfel: Drei Hauptprobleme

Konferenzbeginn am 19. Dezember

Paris/Bonn. Die Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik werden am 19. Dezember in Paris zusammentreffen, um die Gipfelkonferenz mit Ministerpräsident Chruschtschow vorzubereiten. Es wird vermutet, daß die Konferenz in Paris drei bis vier Tage dauert.

Der Konferenz der westlichen Staats- bzw. Regierungschefs wird nach Ansicht unterrichteter Kreise in Paris eine dreifache Aufgabe zufallen:

1. Die Entscheidung über einen Terminvorschlag an Moskau für das Ost-West-Gipfeltreffen, wobei die britische Aufforderung nach einem frühen Termin dem Wunsche de Gaulles nach Hinauszögerung des Konferenzbeginns auf etwa Mai gegenübersteht.

2. Die Festsetzung der Tagesordnung. Der angeblichen Auffassung Dr. Adenauers, die Konferenz auf Verhandlungen über die Abrüstung zu beschränken,

stehen die Vorschläge der drei anderen Konferenzteilnehmer gegenüber, auch die Berlin- und die Deutschlandfrage zu debattieren.

3. Festlegung einer gemeinsamen Marschroute. Die politischen Grundsätze, die bei den Gesprächen mit Chruschtschow

## Seydoux: Paris steht zu Berlin

Berlin (Eigenmeldung). „Die Verpflichtungen, die Frankreich der Berliner Bevölkerung gegenüber empfindet, entsprechen den Rechten, die es in Berlin übernommen hat, auf die wir weder verzichten können noch wollen.“ Dies versicherte der französische Botschafter in Bonn, Seydoux, in einem Vortrag in der Freien Universität in Berlin. Das Problem Berlin sei untrennbar mit der Wiedervereinigung Deutschlands, mit dem Problem Europas und der

Sicherheit überhaupt. Die Krise Berlin sei die Krise des europäischen Kontinents und daher schwierig beizulegen. Es gäbe die Teilung Berlins nicht, wenn nicht ein anderer Tatbestand wider die Natur vorhanden wäre: die Spaltung Deutschlands. Die Überwindung der einen würde zur Überwindung der anderen führen. Frankreich habe sich deswegen zu wiederholten Malen für die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen.

## Gomulkas Krise

Warschau (Eigenbericht). Vor wenigen Tagen gab das Zentralkomitee der „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei“ die Genehmigung zur Erhöhung der Preise für Fleisch um 25 Prozent. Weil die derzeitige Wirtschaftskrise in Polen nur durch eine Senkung des Reallohnes zu beheben sei, lehnte Gomulka eine geforderte Lohnkompensation ab. Im Zentralkomitee der Partei gab es eine heftige Debatte gegen die Landwirtschaftspolitik Edward Ochabs. Vorgestern wurde er seines Postens entbunden.

Bereits im Oktober 1956 hatte man mit einigem Erstaunen zur Kenntnis genommen, daß Gomulka ausgerechnet seinen stalinistischen Vorgänger Ochab das Landwirtschaftsministerium und damit die beschlossene Entkollektivierung der polnischen Landwirtschaft anvertraut hatte. Damals sprach man von einem Bewährungsauftrag, den, wie sich inzwischen herausgestellt hat, der Stalinist Ochab im Sinne Gomulkas unbefriedigend erfüllt hat. Aber er hat damit Moskau den Beweis geliefert, daß in Polen scheinbar auch die bäuerlichen Einzelwirtschaften die Versorgungslage des Landes nicht bessern konnten.

Ochab ist während seiner Amtszeit als Landwirtschaftsminister mehrfach in Moskau gewesen. Es liegt der Verdacht nahe, daß er gewisse Instruktionen erhielt, durch seine Amtsführung einmal das Gespenst eines Versorgungschaos zu füttern. Es ist nämlich bekannt, daß Moskau mehrfach tschechische und bulgarische Landwirtschaftsexperten nach Warschau schickte, die dort mit scharfen Worten die polnische Landwirtschaftspolitik zu kritisieren hatten. Die Kritiken blieben aber für Moskau ohne Erfolg. Als sich vor einigen Monaten die Versorgungskrise abzeichnete, fuhr Ochab wiederum nach Moskau. Doch sowjetische Lebensmittelimporte blieben aus. Mit Macht sollte Warschau auf den Weg der Kollektivierung der Landwirtschaft zurückgebracht werden. Letzte Rettung zur Behebung der Krise schien daher ein Bittgang nach Washington zu sein. Ochab soll-

te in den USA eine Soforthilfe durch größere Fleischlieferungen erwirken.

Der stalinistische Vorgänger Gomulka hielt es aber für zweckmäßig, in den Vereinigten Staaten als politischer Emissär seines Landes aufzutreten, wozu ihn niemand in Polen beauftragt hatte. So erlaubte sich Ochab bei Außenminister Herter scharfe Ausfälle gegen die Bundesrepublik. Dies regte die Spendenfreudigkeit der Amerikaner keineswegs an. Statt die amerikanische Landwirtschaft aufmerksam zu studieren, wie es Ochabs Aufgabe gewesen sein

sollte, durchkreuzte er mit seinen Bemerkungen die Pläne Rapackis, der kurz zuvor mit Herter gesprochen hatte. Rapacki ist zwar weit davon entfernt, ein Freund der Politik Bonns zu sein. Doch weiß er als Diplomat seine Argumente stets geschickt vorzubringen, was bei Ochab noch nie der Fall gewesen ist. Da sich die polnische Bevölkerung von der Amerika-Reise Ochabs sehr viel versprochen hatte, mußte er abgesetzt werden, nachdem er mit leeren Händen nach Warschau zurückgekehrt war. Unter strenger Aufsicht im Sekretariat des Zentralkomitees wird er in nächster Zeit kaum Schaden anrichten können.

## Journalistin sollte spionieren

### Berlinerin in Allenstein unter Druck gesetzt

Berlin (Eigenbericht). Ein massiver Versuch offizieller polnischer Stellen, eine Westberliner Journalistin zur Agententätigkeit in Westberlin und der Bundesrepublik zu veranlassen, wird jetzt bekannt. Die Mitarbeiterin der „Katholischen Nachrichten-Agentur“, Berlin, und der in Recklinghausen erscheinenden katholischen Wochenzeitung „Echo der Zeit“, Mary von Puttkamer, wurde nach ihren Angaben im September während einer Reise durch Polen und die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete in Allenstein mit Versprechungen und Drohungen dazu gezwungen, einen Vertrag zu unterschreiben, auf Grund dessen sie über „alle wichtigen politischen Ereignisse in Westberlin und der Bundesrepublik“ berichten sollte. Als Honorar wurde ein Betrag von 300 DM monatlich vereinbart. Ein Funktionär des polnischen Sicherheitsdienstes erklärte Frau v. Puttkamer, falls sie sich weigere, auf das Angebot einzugehen, müsse er sie auf die Gefahr hinweisen, in der sie schwebt. Vor allem sei sie auf ihrer Heimreise durch die „DDR“ bedroht.

Die Reise Frau v. Puttkamers war, wie sie berichtete, durch Vermittlung der polnischen Militär-Mission in Westberlin zustande gekommen. Sie sollte sich, so wurde ihr erklärt, mit eigenen Augen davon überzeugen, daß das Buch des Deutsch-

Kanadiers Charles Wassermann „Unter polnischer Verwahrung“ zahlreiche Unrichtigkeiten enthalte. In Warschau wurde Frau v. Puttkamer von dem Deutschland-Kommentator des Polnischen Rundfunks, Dr. Sliwka-Szczewbic, empfangen und bei mehreren Besichtigungsfahrten in der Stadt und ihrer Umgebung begleitet. Man ließ sie einige Tage später ohne Begleitung nach dem ostpreußischen Allenstein fahren. Dort wurde sie sogleich von vier polnischen Sicherheitsbeamten in Empfang genommen, die mit ihr Autofahrten in die nähere Umgebung machten. Schließlich eröffnete man ihr den wahren Grund ihrer Einladung. Einer der Funktionäre, der sich als Tadeusz Wachowski vorstellte, erklärte, Polen habe keine diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik. Man brauche daher in Warschau Informationen über das politische Leben der Westdeutschen, die nur sie geben könne. Es sei zwar bekannt, daß sie Anhängerin der „christlich-kapitalistischen Weltanschauung“ wäre, das spiele aber keine Rolle, da sie für die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen eintrete.

Der polnische Funktionär zog dann, wie Frau v. Puttkamer weiter berichtete, einen vorbereiteten Vertrag aus der Tasche und verlangte die Unterschrift. Als Deckname, unter

Fortsetzung auf Seite 5

# Indien ist über Rotchina empört

Nehru: Beziehungen weiter verschlechtert — Scharfe Kritik an Peking

Neu Delhi (ap/dpa). Die Beziehungen zwischen Indien und Rotchina haben sich weiter verschlechtert. Mit diesen Worten charakterisierte der indische Ministerpräsident Nehru die Lage nach dem neuen chinesischen Grenzübergriff, bei dem, wie gemeldet, 17 indische Polizisten getötet, drei verletzt und zwei gefangen genommen wurden. Nehru sagte, der Zwischenfall müsse auch nachteilige Auswirkungen in anderen Teilen der Welt haben. In ganz Indien herrscht größte Empörung über das chinesische Vorgehen.

Ministerpräsident Nehru sprach über den Grenzzwischenfall auf einer Versammlung seiner Kongreßpartei. Er erklärte, der

deutig fest, daß Indien nicht zu den Ländern gehört, die sich aus Furcht oder auf Grund von Drohungen vor irgend jemand in der Welt beugen werden.

Chinesen weit innerhalb des indischen Hoheitsgebiets haben in Neu Delhi einen Schock und tiefste Besorgnis hervorgerufen. Die Chinesen sind weit davon entfernt, den lange bestehenden Status quo an der Grenze anzuerkennen und über eine friedliche Lösung zu verhandeln. Peking hat jetzt scheinbar damit begonnen, alle diejenigen Gebiete gewaltsam zu besetzen, die von ihm in Ladakh gefordert werden. Die versöhnlichen Worte der chinesischen Führer erwiesen sich als trügerisch.

## „Freiheit vom Hunger“

Rom (dpa/ap). Der Kampf gegen den Hunger angesichts der ständig wachsenden Weltbevölkerung ist das Hauptthema der 10. Vollversammlung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) in Rom. In der Eröffnungssitzung teilte der Generalsekretär mit, daß die katholischen Bischöfe der Bundesrepublik für die Kampagne „Freiheit vom Hunger“ 420 000 DM zur Verfügung gestellt haben.

In dem chinesisch-indischen Grenzgebiet, wo sich der Übergriff ereignete, ist inzwischen Schnee gefallen. Dadurch ist es praktisch unmöglich geworden, indische Verstärkungen nach dort zu entsenden, denn die nächste indische Militärstation ist etwa 160 km von der Stelle entfernt, wo chinesische Soldaten 80 km weit auf indisches Gebiet vordrangen.

Die chinesischen Kommunisten verfügen dagegen in Rudok in Westtibet, ganz in der Nähe der Grenze, über einen großen Militärstützpunkt mit einem Flugplatz.

Übergriff bereite beträchtliche Sorgen, doch glaubte er nicht, daß es zu einem Krieg kommen werde. „Wir müssen mit Zurückhaltung und Verantwortungsbewußtsein handeln und dürfen uns nicht von Gefühlen leiten lassen. Es steht aber ein-

Die gesamte indische Presse nahm am Sonnabend den Vorfall zum Anlaß, schärfste Kritik an Rotchina zu üben.

Die unabhängige „Times of India“ schreibt: „Die brutalen Massaker durch die

## Dibelius, der Staat . . .

Fortsetzung von Seite 2

samen Unruhe, die Dibelius in der Kirche und anderswo geschaffen hat, einen neuen Versuch, 100 Geistliche und theologische Laien zu einer Jubiläumstafel des Regimes zu vereinigen, um über ihre Loyalitätserklärung hinweg nach Möglichkeiten zu einem Bruch in der Kirche zu suchen.

\*

Mit dem Kampf gegen Bischof Dibelius ist der SED-Staat in eine neue, sehr ernste Phase seines Kampfes gegen die Kirche und gegen die Kirchen überhaupt eingetreten. Es ist vonnöten, daß sich die Kirchenverantwortlichen diesem Kampf mit allen Mitteln der christlichen Klugheit und des christlichen Mutes gewachsen zeigen.

## De Gaulles Bombe fertiggestellt

New York (ap). Frankreich besitzt eine eigene Atombombe. Der französische UNO-Delegierte Moch erklärte im politischen Ausschuß der Vollversammlung, daß Frankreich sein Ziel, eine Atombombe zu bauen, erreicht habe. Diese Bombe werde ungeachtet der Proteste der afrikanischen Länder in der Sahara erprobt.

Moch gab diese Erklärung ab, nachdem der marokkanische Delegierte Benhima erklärt hatte, daß Frankreich seinem Prestige in Afrika Schaden zufügen werde, wenn es in der Sahara einen Atombombenversuch un-

ternehme. Marokko hat gemeinsam mit anderen afrikanischen und asiatischen Staaten eine Resolution eingebracht, in der Frankreich aufgefordert wird, auf die Atomtests zu verzichten.

Moch erklärte, seine Regierung sei sicher, daß der französische Atomversuch, mit dem im Laufe des Frühjahrs zu rechnen sei, die bereits vorhandene Radioaktivität nicht wesentlich erhöhen werde. Die zu erprobende Bombe habe eine Sprengwirkung von 100 000 Tonnen TNT, das entspreche noch nicht einmal einem Tausendstel der Gesamtstärke der bereits entzündeten Bomben.

## Journalistin sollte spionieren

Fortsetzung von Seite 4

dem Frau v. Puttkamer ihre Agententätigkeit ausüben sollte, wurde „Johanna Schmid“ ausgemacht. Unter dem Druck der Lage, in der sich die Journalistin befand, erklärte sie sich zur Zusammenarbeit bereit und sagte zu, am 26. Oktober zu einem verabredeten Treffen mit Wachowski im Ostberliner Hotel „Helvetia“ zu erscheinen. Frau v. Puttkamer gab unmittelbar nach ihrer Rückkehr von ihrer Polen-Reise am 24. September den Westberliner Polizei-Dienststellen einen umfassenden Bericht.

# Dibelius auf der Kanzel in Ostberlin

Reformations-Gottesdienst in der Marienkirche — Spontaner Beifall

Berlin (Eigenbericht). Ohne Zwischenfälle oder Störungen verlief der Reformations-Gottesdienst in der Ostberliner Marienkirche, in dem Bischof D. Dr. Dibelius wie an jedem ersten Sonntag im Monat die Predigt gehalten hat. Schon lange vor Beginn des Gottesdienstes war die nahezu 2000 Personen fassende Marienkirche mit Besuchern aus beiden Teilen Berlins überfüllt. Der Gottesdienst wurde in eine Seitenkapelle und in den großen Turmraum der Kirche durch Lautsprecher übertragen. Auch vor dem Eingang auf der Straße nahmen zahlreiche Besucher, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten, am Gottesdienst teil.

Nach Beendigung des Gottesdienstes erwarteten mehrere hundert Menschen den Bischof am Ausgang der Sakristei, um ihn bei seinem Erscheinen mit spontanem Händeklatschen zu begrüßen, eine Beifallskundgebung, die in dieser Form ungewöhnlich und selten in der evangelischen Kirche ist.

Bischof Dibelius konnte ungehindert auf dem Hin- und Rückweg die Sektorengrenze passieren, trotz der in der vergangenen Woche in den Ostberliner Zeitungen ausgesprochenen Drohungen, der Bischof habe durch seine provokatorische Stellungnahme zur Obrigkeit sich die Möglichkeit eines weiteren Wirkens im Sowjetsektor entzogen.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche der Union, Präses Scharf, begleitete den Bischof auf seiner Fahrt, und fast alle Mitglieder der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg empfingen Dr. Dibelius beim Eintreffen in der Marienkirche und geleiteten ihn später in feierlichem Zuge von der Sakristei zum Altarraum.

In seiner Predigt wies Bischof Dibelius auf die Kompromißlosigkeit Luthers hin, die er in den großen Fragen des Glaubens bewiesen habe. Ferner erinnerte Dibelius an die „Freiheit eines Christenmenschen“. „Der Christ hat den Rücken frei gegen Gott“, so sagte der Bischof, und deshalb sei ihm eine

„große Instinktsicherheit“ für seine Handlungen gegeben. Das in den letzten Wochen umstrittene Problem der „Obrigkeit“ erwähnte der Bischof in seiner Predigt nicht.

Auch die anderen evangelischen Kirchen in Berlin hatten am Sonntag stark besuchte Reformations-Gottesdienste. Ebenso wurde der Reformationstag in allen Teilen Deutschlands begangen. Bundestagspräsident Gerstenmaier nahm auf einer öffentlichen Kundgebung zum Reformationstag in Köln zu der Auffassung von Bischof Dibelius in der Obrigkeitsfrage Stellung und betonte, der Bischof habe die rechtlichen Institutionen des

Staates mit seinen umstrittenen Erklärungen nicht in Frage gestellt, er habe vielmehr rechtswidrige Akte der Willkür und Unfreiheit angegriffen.

Der pommersche Bischof, Dr. Krummacher, erklärte in einer Veranstaltung der Luther-Gesellschaft in Hannover, die Christen dürften sich nicht zu einer blinden Feindseligkeit gegenüber den Verkündern des Atheismus hinreißen lassen. Der Bischof setzte sich gegen einen entscheidenden Kampf gegen den Atheismus ein, der jedoch nicht weltlichen Mächten überlassen werden dürfte, sondern mit geistigen Waffen geführt werden müsse.

## Döpfner fordert Glaubensfreiheit

Predigt in der Ostberliner Corpus-Christi-Kirche

Berlin (Eigenmeldung). Der katholische Bischof von Berlin, Kardinal Döpfner, forderte die Machthaber der Sowjetzone auf, die Christen von dem harten ideologischen Druck zu befreien und die Menschenrechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu respektieren. Kardinal Döpfner sprach in der Ostberliner Corpus-Christi-Kirche vor katholischen Männern aus Anlaß des Todestages des Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg, der 1943 in der Strafanstalt Tegel auf dem Wege in das Konzentrationslager Dachau gestorben ist. Lichtenberg war von den Nationalsozialisten verurteilt worden, weil er öffentlich für die Juden gebetet hatte.

„In einer Zeit, da die Staatsmänner den ernsthaften Versuch unternehmen, eine Friedensordnung unter den Völkern aufzubauen, muß auch in unserem Volk alles beseitigt werden, was den Frieden im Innern gefährdet“, sagte der Kardinal. Diese innere Friedensordnung verlange jedoch, daß die Staatsgewalt die Glaubens- und Gewissens-

freiheit des Volkes in allen Lebensbereichen tatsächlich respektiere. Döpfner beklagte den Entschluß der Zonen-Machthaber, die Staatsgewalt nach den Grundsätzen der atheistischen Philosophie des dialektischen Materialismus auszuüben. Leider werde auch die Praxis im Staats- und Gesellschaftsleben von diesen Grundsätzen bestimmt. Der Kardinal erinnerte an die atheistische Erziehung der Kinder in den Schulen, an die Erschwerung des Religionsunterrichts und an die Diffamierung von Kirche und Religion, die seit Jahren in der Sowjetzone zu beobachten sei. Solange dieser Zustand anhalte und der Kirche nicht die Möglichkeit gegeben werde, sich literarisch und publizistisch dazu zu äußern, könne er an eine echte politische Entspannung nicht glauben. Wenn die Bürger eines Staates sich in ihrem höchsten Lebensgut, in der menschlichen Würde und Freiheit vom Staat bedrängt fühlten, würden Unfriede und Bitterkeit im Volke genährt.

# Die „Sonnensucher“ bleiben im dunkeln

Geschichte eines verbotenen DEFA-Films — Den Kulturfunktionären paßte er nicht

Berlin (Eigenbericht). Auf den Ostberliner U-Bahnhöfen konnte man große Plakate sehen, von denen herab ein interessantes Mädchengesicht den Betrachter anblickte. Klein im Hintergrund hob sich die Gestalt eines auf einer Schlackenhalde stehenden Bergmannes von der Silhouette schwarzer Gipfel ab, die von einer Sonne überstrahlt wurden. Auch in den Zeitungen begegnete man dieser Ankündigung eines neuen DEFA-Filmes, auf den das Kinopublikum schon zwei Jahre gewartet hatte: „Sonnensucher“.

## Ein bedeutendes Projekt

Aber auch diesmal sollte das Warten nicht belohnt werden. Am Morgen des Uraufführungstages erschien in der Presse eine kurze Notiz, wonach die Leitung des DEFA-Spielfilmstudios „in Übereinstimmung mit den Schöpfern des Filmes ‚Sonnensucher‘ beschlossen“ habe, „diesen Film zurückzuziehen, obwohl er durch die zuständigen Organe zur Aufführung freigegeben wurde“. „Der Beschluß“ — so hieß es orakelhaft weiter — „erfolge im Hinblick auf die seit der Konzipierung und Schaffung des Filmes ‚Sonnensucher‘ eingetretene allgemeine politische Entwicklung.“

Damit war einem Film endgültig der Garau gemacht worden, der inhaltlich und formal zu den bedeutendsten Projekten gehörte, die nach dem Kriege in Babelsberg verwirklicht worden sind. Von Anfang an hatten seine Schöpfer gegen die sich von seiten der Partei erhebenden Widerstände anzukämpfen. Regisseur Konrad Wolf mußte seine guten Beziehungen zu sowjetischen Stellen nutzen, bevor verschiedenen ideologischen Einwänden dogmatischer SED-Funktionäre zum Trotz Mitte 1957 mit den Dreharbeiten begonnen werden konnte.

Anderthalb Jahre Vorbereitungszeit lagen damals bereits hinter dem erfolgreichen Drehbuchschreibergespann Dr. Karl-Georg Egel und Paul Wiens. Die „Sonnensucher“ waren also

Kinder des „Taufwetters“, das in den Jahren 1956 und 1957 auch bei der DEFA so etwas wie eine „neue Welle“ auslöste: Filme, die ihr Vorbild im Neorealismus suchten, die „Halbstarke“ und gefallene Mädchen auf die Leinwand brachten und sich nicht scheuten, auch einmal heiße Eisen anzufassen.

## Es geschah in den Jahren 1950/51...

Die Handlung des Films führt zurück in die Jahre 1950/51 und spielt im erzgebirgischen Uranbergbaugebiet. Regisseur Wolf verglich die Atmosphäre, die damals in Aue und Umgebung herrschte, mit der von „Goldgräberstätten des Wilden Westens“. Dorthin wird das Mädchen Lutz wie so manche andere zwangsverpflichtet, nachdem man die sechzehnjährige davongelaufene Landarbeiterin bei einer Razzia in Berlin aufgegriffen hatte. Ihre ebenfalls auf Abwege geratene Freundin teilt dieses Schicksal.

Im Urnschacht Felsach lernt das Mädchen Lutz den Obersteiger Beier kennen, einen ehemaligen Waffen-SS-Mann, der wie sie allein dasteht. Die Kumpel nennen ihn einen Schinder und Kommandierer, und auch der sowjetische Ingenieur steht ihm auf Grund seiner Vergangenheit anfangs mißtrauisch gegenüber. Die gemeinsame Arbeit überwindet jedoch schließlich die Schranken und verwandelt die Menschen. Freilich endet die Geschichte von Lutz und Franz Beier tragisch. Bald nach ihrer Heirat verliert der Obersteiger bei einem Unfall sein Leben.

Man erkennt schon aus diesen Andeutungen, daß hier eine konfliktreiche Fabel vorlag. Babelsbergs Regie-As „Conny“ Wolf — er drehte auch die vor einem halben Jahr in Cannes mit Recht preisgekrönten „Sterne“ — brachte sie mit ausgezeichneten Schauspielern in eine höchst realistische, packende filmische Gestalt, die aber den SED-Zensoren gar nicht behagte.

Man legte die „Sonnensucher“ zunächst einmal auf Eis, und

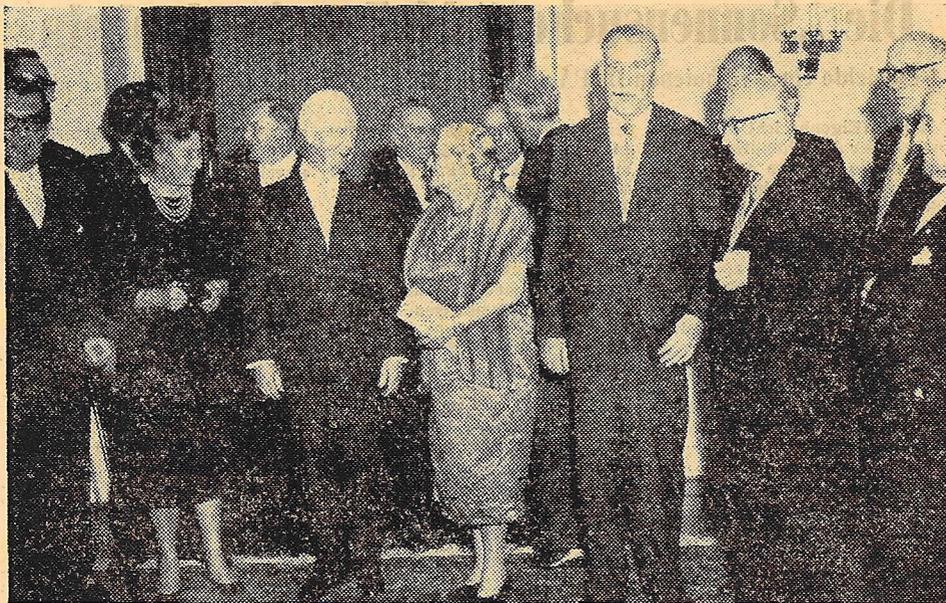
erst nach langem Tauziehen wurde der Film kürzlich freigegeben. Daß er dann in letzter Minute doch wieder in der Versenkung verschwinden mußte, dürfte das Werk jener SED-Kulturfunktionäre sein, deren engstirniges Banausentum den Künstlern in Mitteldeutschland das Leben heute wieder so schwer macht.

## Nein zu „sozialistischen Feiern“

Berlin (ap/dpa). Die Bischöfe der evangelischen Gliedkirchen in der Sowjetzone haben in einem Wort an die Gemeinden die Haltung der Kirche zu den „sozialistischen Feiern“ jetzt umrissen. Darin heißt es, daß diese Feiern mit Taufe, Konfirmation, Trauung und christlicher Bestattung unvereinbar seien, da sie mit „Gelbnissen“ verbunden würden, „die den Menschen an eine Weltanschauung binden sollen, die Gott grundsätzlich leugnet“. Bei Namensgebung, Jugendweihe, sozialistischer Eheschließung und sozialistischem Begräbnis handele es sich nicht um „neutrale Weihehandlungen“. Sie seien „gottlos“ und als „Ersatz“ kirchlicher Feiern eingesetzt worden.

In den Richtlinien an die Pfarrer heißt es im einzelnen: Teilnehmern an „sozialistischen Feiern“ müssen christliche Weihehandlungen grundsätzlich versagt werden. Jedoch ist es in Einzelfällen möglich, christliche Taufe und kirchliche Trauung nachzuholen, wenn die Eltern der Täuflinge, die an einer sozialistischen Namensgebung teilnahmen, sich zu einer christlichen Erziehung und sozialistisch getraute Ehepaare zu einem christlichen Lebenswandel verpflichteten. Die Bischöfe bestätigten erneut, daß Jugendweihe und Konfirmation unvereinbar seien.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Bundespräsident Heinrich Lübke empfing am Montagabend die Fraktionsführer und Geschäftsführer der im Bundestag vertretenen Parteien zu einem Essen in der Villa Hammerschmidt. Unser Bild zeigt in der Mitte: Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), den Bundespräsidenten und Frau Margot Kalinke (DP) — Unten: Eine Gedenktafel für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus wurde anlässlich des 21. Jahrestages der „Kristallnacht“ im jüdischen Gemeindehaus enthüllt

